

VOZ clasista

Gewerkschaftliche Nachrichten aus Venezuela

Impressum:
Komitee "Solidarität mit den Clasistas in Venezuela"
Stiftgasse 8 | 1070 Wien

Ausgabe: 3
Preis: 0,50 Euro

Jänner 2008

Nach der Verfassungsreform

4.379.392 VenezolanerInnen sprachen sich für und 4.504.354 gegen die vorgeschlagene Verfassungsreform aus. Chávez hat damit im Vergleich zum Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2006 nicht nur über 3 Millionen Stimmen verloren. Auch über 1,3 Millionen PSUV-Mitglieder stimmten nicht für den Verfassungsreformentwurf.

“Faul und feige”

Am 6. Dezember teilte Chávez der venezolanischen Bevölkerung mit, dass es "faul und feige" sei und dass er für sein Projekt "echte Revolutionäre" brauche und keine "revolucionarios de pocatilla" (ugs. revolutionäre Taugenichtse). Zwar hatten viele mit einem knappen Ergebnis gerechnet, aber nicht mit einer Niederlage von Hugo Chávez.

Auffallend ist, dass Chávez sowohl in Industrieregionen, wie auch in den Barrios und unter der indigenen Bevölkerung an Rückhalt verloren hat.

In vielen Bundesstaaten mit einem hohen Anteil an IndustriearbeiterInnen war die Ablehnung des Referendums, gemessen am Wahlergebnis der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2006, überdurchschnittlich hoch. So beträgt die Differenz im Landesdurchschnitt +6% in



den Bundesstaaten Aragua +38%, in Sucre +26%, in Lara +15% und in Carabobo +14%. Auch die BewohnerInnen der Barrios von Caracas, der chavistischen Basis schlechthin, haben dem Referendum eine sehr deutliche Absage erteilt.

Gemessen an den Wahlergebnissen von 2006 hat Chávez in den Vorstadtbezirken Petare 45%, 23 de Enero 38%, El Valle 39%, Caricuao 41% und Catia 45% verloren. Es handelt sich hierbei um die traditionellen chavistischen Bastionen in Caracas. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den Bundesstaaten mit einem hohen indigenen Bevölkerungsanteil: Chávez hat in Amazonas 47%, in Delta Amacuro 48% und in Bolívar 46% verloren.

Wie ernst es Hugo Chávez mit seinem "Sozialismus" meint, wird nach dem Referendum immer deutlicher. So setzte er noch im Dezember einige bedeutende Schritte, die ganz klar machten auf welche Teile der venezolanischen Bevölkerung er in Zukunft setzen wird. Chávez lud Ende Dezember die "alte" Gewerkschaft CTV und den UnternehmerInnenverband Fedecámaras zu Verhandlungen für einen neuen Mindestlohn ein. Den nach dem Putsch 2003 gegründeten Gewerkschaftsdachver-

band UNT ließ er dabei einfach außen vor. Ebenfalls wurden im Dezember die Preiskontrollen für wichtige Grundnahrungsmittel (Haltbarmilch, diverse Fleischsorten,...) aufgehoben und die Devisenkontrollen gelockert. Hinzu kommt die Ankündigung ein Amnestiegesetz zu verabschieden, das sämtliche Verurteilungen und Straftatbestände rund um den Putschversuch und die Unternehmersabotage 2002/2003 aufheben würde.

Die strafrechtliche Verfolgung von Gewerkschaftern aus Sanitarios Maracay, der Erdölarbeiter aus Zulia und der Bauarbeiter der Eisenbahnstrecke zwischen Maracay und Valencia bleiben ebenso bestehen wie die Inhaftierung der GuerrillakämpferInnen der "Frente Bolivariano de Liberación".

Für Aufsehen sorgte auch eine Fernsehansprache in der Chávez am 3. Jänner 2008 zu "Allianzen mit der Mittelklasse und der nationale Bourgeoisie" aufrief und der Abschaffung des Privateigentums einmal mehr eine Absage erteilte.

Komitee Solidarität mit den Clasistas
Wien, 16. Jänner 2008

Diese Reform führt nicht zum Sozialismus

Das Referendum über die Verfassungsreform dominiert seit Wochen das politische Geschehen in Venezuela. Die inhaltliche Auseinandersetzung geriet dabei immer mehr in den Hintergrund. Weder das Durchpeitschen der Reform, noch die einzelnen Paragraphen konnten wirklich diskutiert werden, da Hugo Chávez sehr schnell klar machte: "Wer nicht mit Ja stimmt ist Teil einer internationalen Verschwörung."

Die angeblich breite Diskussion in der Bevölkerung, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wurde damit zur Farce. Neben der Tatsache, dass eine von Hugo Chávez eingesetzte Kommission darüber entschied welche Vorschläge in den Entwurf aufgenommen werden, ging es letztendlich darum ob man für oder gegen Chávez ist. Weder die einzelnen Punkte der Reform, wie etwa die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verlängerung der Amtsperioden des Präsidenten, die Einführung einer Sozialversicherung für informell Beschäftigte oder die Ausweitung der Vollmachten des Präsidenten, noch die Tatsache, dass die Abstimmung nicht Paragraph für Paragraph erfolgt, konnten wirklich diskutiert werden.

Angeheizt wurde diese Stimmung durch massive Destabilisierungsversuche der rechten Opposition und Dokumente die umfangreiche Putschpläne zu Tage trugen. Auch die klassenkämpferische Gewerkschaftsströmung der C-CURA ist in der Frage der Verfassungsreform nicht einer Meinung.

Der Teil der C-CURA, der im Frühling dieses Jahres in die PSUV eintrat und heute rund um die Zeitung MAREA Clasista y Socialista organisiert ist, ruft zu einem Ja für die Verfassungsreform auf. Stalin Pérez Borges begründet diese Entscheidung vor allem mit der Arbeitszeitverkürzung, der Einführung einer Sozialversicherung für informell Beschäftigte und dem Verbot von Großgrundbesitz. Und obwohl Stalin Pérez Borges selbst mehrmals die mangelnde Transparenz des Diskussions- und Abstimmungsprozesses kritisierte, sieht er in der Verfassungsreform eine Vertiefung des revolutionären Prozesses und einen Schritt in Richtung Sozialismus.

Orlando Chirino und jener Teil der C-CURA, die nicht in die PSUV eintraten, Hugo Chávez weit kritischer gegenüber stehen und heute die "Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei" bilden, meint hingegen: "Diese Verfassung führt uns nicht zum Sozialismus." Hauptkritikpunkt von Chirino ist, dass das Privateigentum an Produktionsmittel weiterhin bestehen bleibt und dass demokratische Rechte einge-

schränkt werden. Die Einführung von kollektiven Eigentumsformen laufen ins Leere, denn diese können keine ökonomische Macht aufbauen, solange Großkonzerne und Kapitalisten an den Schalthebeln sitzen.

Die Einführung des 6-Studentags und die Einführung einer Sozialversicherung für informell Beschäftigte bewertet Orlando Chirino als positiv. Für ihn stellt sich jedoch die Frage, warum dies nicht schon längst umgesetzt wurde, weil dafür "einfache" Gesetze ausreichen würden. Vielmehr scheint es, dass diese beiden Punkte in den Verfassungsentwurf genommen wurden, um einen Anreiz für ein Ja zu schaffen.

Die Clasistas rund um Orlando Chirino riefen Anfang dieser Woche dazu auf ungültig zu wählen:

"Die Arbeiter und die Revolutionäre können nicht für die Verfassungsreform stimmen."

Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen sich offen gegen die Verfassungsreform aus, da sie wissen, dass man mit dieser Reform zurück schreitet. Andere machen es verdeckt, da sie den enormen Druck spüren, den Regierungsfunktionäre gegen sie ausüben; insbesondere im Öffentlichen Dienst, in den Staatsbetrieben und in PDVSA. Das Positive ist, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen, die so denken und handeln, weder mit den Unternehmern, den Großgrundbesitzern, den Multis, noch mit den faschistischen Berufsputschisten etwas gemeinsam haben.

Wir Revolutionäre können angesichts dieses Begehrens von unten, das am kommenden 2. Dezember auch nach einer Möglichkeit sucht, sich gegen die Verfassungsreform auszudrücken, nicht die Augen verschließen. Aus diesem Grund rufen wir alle Arbeiter, alle Bauern, alle Jugendlichen und das Volk im Allgemeinen dazu auf, diese Verfassungsreform abzuleh-



nen. Die Verfassungsreform führt uns nicht in den Sozialismus, nachdem Millionen streben; ein Sozialismus ohne Unternehmer, ohne Großgrundbesitzer, ohne ‚rojos, rojos‘ Bürokraten und Korrupte.

Wir rufen die Arbeiter dazu auf, am kommenden 2. Dezember UNGÜLTIG ZU WÄHLEN (VOTO NULO). Kreuzt keine der zwei Möglichkeiten (JA oder NEIN) an und drückt zweimal lediglich die Taste WÄHLEN. Diese Wahlformel haben uns viele Arbeiter vorgeschlagen, die Angst haben, dass man sie als Abstentionisten abstempelt, da der CNE [die Oberste Wahlbehörde, Anmerkung] ja in undemokratischer Art und Weise verboten hat, für Stimmenthaltung aufzurufen; dass man sie aus den Staatsbetrieben entlässt oder dass man sie als "Konterrevolutionäre" oder als "Verräter" brandmarkt, da sie mit NEIN stimmen.

Wir rufen dazu auf, UNGÜLTIG zu wählen, damit kein Zweifel darüber besteht, dass wir Arbeiter nichts mit der putschistischen Opposition und dem Imperialismus zu tun haben, die sich aus ihrer Perspektive als Ausbeuter der Reform widersetzen. Wir lehnen die Reform von einem revolutionär-sozialistischem Standpunkt her ab. D.h. vom Standpunkt derer, die einen Sozialismus ohne Unternehmer, ohne Großgrundbesitzer, ohne Bürokraten und ohne Korrupte aufbauen wollen."

Der Aufruf "VOTA NULO" führte zu einer breiten Kampagne gegen Orlando Chirino und der "Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei". Die Ängste der ArbeiterInnen zeigten sich als berechtigt. Eine breite Flut an Beschimpfungen und Anfeindungen, die Orlando Chirino als Konterrevolutionär und Verräter bezeichnen kursieren derzeit im Internet. Höhepunkt dabei ist die Anschuldigung von James Petras, einem linken Intellektuellen aus den USA. Dieser behauptet, dass jene Teile der venezolanischen Linken, die nicht mit Ja stimmen ebenso wie die rechte Opposition vom CIA finanziert werden.

In Puerto La Cruz wurden fingierte Flugzettel in Umlauf gebracht, auf denen José Bodas, der führende Gewerkschafter der C-CURA in der Erdölindustrie, zu einem Nein zur Verfassungsreform aufruft. Diese Aktion konnte jedoch nur für kurze Zeit Verwirrung unter den Erdölarbeitern schaffen, und führte dazu, dass viele

Arbeiter die Flugzettel selber einsammelten und wegwarfen, um der Verleumdung entgegenzuwirken.

Bedenklich scheint auch die Tatsache, dass nun Stimmen laut werden, die eine Zensur der linken Internetplattform Aporrea fordern. Dies wohl mit dem Ziel Orlando Chirino und "seine Bande" daran zu hindern, ihre politischen Positionen zu verbreiten.

Die Vorwürfe gegen Orlando Chirino und die Clasistas, die sich rund um die "Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei" sammeln, zeigen einmal mehr das heuchlerische und bürgerliche Wesen des Chávismus auf.

Es handelt sich hierbei um genau jenen Teil der venezolanischen Linken, die offen und konsequent für eine ökonomische und politische Entmachtung der Opposition, der

Bourgeoise und der internationalen Großkonzerne eintritt. Nicht umsonst ist einer ihrer wesentlichen Kritikpunkte an der Verfassungsreform das Weiterbestehen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Genau jener Angelpunkt der kapitalistischen Ökonomie wird jedoch von Hugo Chávez und den Seinen eisern verteidigt. Also von jenen die Orlando Chirino als Konterrevolutionär und Verräter beschimpfen.

Die Frage die sich letztendlich stellt ist, wer es nun ernst meint mit dem Sozialismus?

Kathrin Dornauer
Komitee Solidarität mit den Clasistas
Wien, 2. Dezember 2007



Politische Ökonomie der Barrios

Chávez und der informelle Sektor

Die Niederlage von Hugo Chávez beim Referendum zur Verfassungsreform ist zum Großteil auf einen drastischen Rückgang der Wahlbeteiligung von 74% bei den Präsidentschaftswahlen 2006 auf 55% zurückzuführen. Drei Millionen WählerInnen blieben der Abstimmung fern. Es waren vor allem Teile der traditionellen chavistischen Basis, die BewohnerInnen der Barrios, die dem Präsidenten diesmal ihre Gefolgschaft verweigerten. (siehe Artikel zum Ausgang des Verfassungsreferendums). Und dies, obwohl die Einführung des Sechsturentages und die Sozialversicherung für informell Beschäftigte das sozialreformerische Herzstück des Referendums waren (beide Gesetzesvorhaben hätten mit einfacher Mehrheit auch im Parlament verabschiedet werden können)!



Das Ergebnis des Referendums und die grundsätzliche Bedeutung, aber oftmalige Vernachlässigung des informellen Sektors für linke Gewerkschaftspolitik ist der Anlass uns in diesem Artikel mit Chávez' Politik und Ökonomie im informellen Sektor zu beschäftigen.

Allein das Ausmaß des informellen Sektors verdient Beachtung: Venezuela hat mit 87% einen besonders hohen Anteil an städtischer Bevölkerung, etwa 60% davon lebt in Barrios. Sie sind nicht nur der Lebens- sondern auch der Arbeitsmittelpunkt der meisten informell Beschäftigten.

Etwa 50% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet in informellen Verhältnissen, d.h. ohne ein Netz aus Sozial-

Arbeits- und Lohngesetzen. Industrie- und Dienstleistungsbeschäftigte sind davon gleichermaßen betroffen. Der Anteil des informellen Sektors an der nationalen Wertschöpfung beträgt in Venezuela annähernd 40%.

Chavistische Politik im informellen Sektor umfasst neben allgemeinen Sozialmaßnahmen wie der vielbeachteten Gesundheitsreformen und Bildungsreformen vor allem Maßnahmen, die allgemein ausgedrückt, die Formalisierung informeller Strukturen zum Ziel haben. Dies entspricht einer weltweiten Tendenz. Dazu gehört die Landreform in den Städten, das Kooperativengesetzgebung, das Mikrokreditwesen, zum Teil der

Mindestlohn, sowie auf politischer Ebene die Konstitution von Kommunalräten.

Die Landreform in den Städten

Das Konzept der Landreform in den Städten ist an die Theorien Hernando de Sotos, ein neoliberaler Ökonom aus Peru, angelehnt. Mit seinen Theorien eines `blühenden Marktes von unten` durch die Vergabe von Eigentumstiteln in den Slums sicherte er sich einen fixen Platz in den Herzen von Weltbank und UNO, aber auch vieler NGOs. Kein Wunder, dass dieses Konzept in Venezuela erstmals 2000 von Primero Justicia, einer putschistischen Oppositionspartei, eingebracht wurde.

Chávez selbst legte 2002 durch die Verabschiedung eines Präsidialdekrets die Grundlage für die Landreform in den Barrios. Konkret geht es dabei um die Privatisierung staatlichen Grundbesitzes in den Städten (analog zur allgemeinen Landreform), der etwa ein Drittel der besetzten, illegalen Barrioregebiete ausmacht. Dieser Grund wird als Eigentum für ein selbstgebautes Haus pro Familie vergeben. Dieses Eigentum ermöglicht dann reguläre Kreditnahme. Dieser Kredit wiederum soll die Möglichkeit für eine allfällige Hausrenovierung oder aber für die Eröffnung eines Geschäftes/Mikrounternehmens bieten.

Auch wenn dieses Konzept nicht die neoliberalen Ziele de Sotos verfolgt, so wirft es doch eine Reihe von Problemen auf. Was passiert mit den BarriobewohnerInnen, die nicht auf staatlichem Grund leben? Privatisierung staatlichen Besitzes konterkariert grundsätzlich eine sozialistische Stadtplanungsperspektive.

Privatbesitz an Wohnraum öffnet Tür und Tor für einen kapitalistischen Immobilienmarkt. Die Infrastruktur in privatrechtlich organisiertem Wohnraum ist ebenfalls ungleich mehr von kapitalistischer Verwertung bedroht.

Darüber hinaus bleiben natürlich alle Probleme bestehen, die mit der meist schlechten bis gefährlichen Boden- und Bausubstanz in den Barrios zusammenhängen.

Der gravierende Unterschied zum Konzept de Sotos besteht in der Form der Umsetzung. Das Präsidialdekret sieht vor, dass je 100-200 Familien ein Landkomitee gründen, um mit der Regierung die Vergabe der Eigentumstitel auszuverhandeln. Darüber hinaus bilden die Komitees Unterkommissionen, die für Fragen der Infrastruktur wie Wasser, Strom, Müllabfuhr u.Ä. zuständig sind. Hier knüpfen sie an den bereits seit Jahrzehnten bestehenden Stadtteilkomitees an und sind eine wichtige Basis für die Kommunalräte, die Consejos Comunales.

Mikrokredite und Kooperativen

Mikrokredite sind auch eines der neoliberalen Lieblingsrezepte für den informellen Sektor. So war 2005 das UN-Jahr der Mikrokredite. Die Weltbank favorisiert sie; ihr `Erfinder` Muhammed Yunus erhielt 2003 dafür sogar den Friedensnobelpreis. Für den informellen Sektor bedeuten Mikrokredite oft den erstmaligen Zugang zu einem gesetzlich geregelten Kreditwesen. Im Jahr 2000 ließ sich Chávez von Yunus selbst über dessen optimale Umsetzung beraten.

In Venezuela liegt die Vergabe von Mikrokrediten in Regierungshand. Die verschiedenen Entwicklungsbanken werden aus einem staatlichen Fonds zur

Entwicklung des Mikrofinanzwesens finanziert, der seinerseits, wie nahezu sämtliche Sozialausgaben in Venezuela, aus Erdölgewinnen gespeist wird. Analog zum Konzept Yunus´ gibt es ein Netzwerk lokaler RepräsentantInnen, die die Kredite vor Ort an die Frau/den Mann bringen.

Der grundlegende Unterschied liegt in der finanzökonomischen Bedeutung der Kredite. Während in neoliberalen Zusammenhang das Geschäft mit den Mikrokrediten selbst für große Banken inzwischen sehr lukrativ ist, sind Mikrokredite für venezolanische Banken bei Zinssätzen von 6 -12% jährlich bei einer Inflation von 22,5% (2007) ein Verlustgeschäft. So muss also in Venezuela bei Mikrokrediten eher von erweiterten Sozialausgaben gesprochen werden.

Kooperativen, die als wichtiges Instrument im Aufbau einer `sozialen` Ökonomie gelten, sind kollektiv geführte Unternehmen in Privateigentum. Für sie gibt es Einkommenssteuererlässe und staatliche Zuschüsse; sie finanzieren sich durch Mikrokredite. Für den informellen Sektor bedeuten Kooperativen die Formalisierung bis dahin zumeist illegaler Mikrounternehmen bzw. sie sind für die Regierung das wichtigste Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Aus gewerkschaftlicher Sicht gibt eine Reihe von Gründen, Kooperativen als





Mittel zur Arbeitsplatzbeschaffung kritisch gegenüberzustehen: Die EigentümerInnen/ArbeiterInnen tragen das volle Risiko für den Betrieb, für sie gilt kein Mindestlohn, keine Sozialversicherung und keine Arbeitszeitgesetz. Es ist inzwischen eine durchaus übliche Praxis, dass Unternehmen formelle Arbeitsplätze in Kooperativen auslagern, um so Kosten zu sparen.

Das gemeinsame Eigentum ändert nichts daran, dass Kollektive den Gesetzen des Marktes unterworfen bleiben und sich in Konkurrenz zueinander befinden. In den Barrios selbst kommt dieser Wettbewerb besonderes zum Tragen. Da der überwiegende Teil der Dienstleistungen und der Produkte auch vor Ort vermarktet wird, bedeutet eine steigende Zahl von Unternehmen bei gleichem Markt verschärfte Wettbewerbsbedingungen mit wiederum zwangsläufig negativen Folgen für solidarische Beziehungen zwischen den BewohnerInnen.

Auch bei den konkreten Zahlen ist Skepsis über einen nachhaltigen Erfolg von Mikrokrediten bzw. Kooperativen angebracht: Der Prozentsatz uneinbringlicher Kredite bei Entwicklungsbanken machte bis zu 57% (Frauenbank 2003) aus. 2006 waren von knapp 173.000 eingetragenen Kooperativen nur 37.000 operativ tätig. Selbst wenn von einer großen Anzahl von `Karteileichen` ausgegangen werden kann, so bedeuten diese Zahlen

doch, dass hunderttausende Menschen damit die Hoffnung auf ein Leben in sozialer und existenzieller Sicherheit verloren haben.

Frauen und der informelle Sektor

In Venezuela sind Frauen mit einem Anteil von 60- 70% von Armut betroffen. Aufgrund ihrer Verantwortung für die Familie und mangels qualifizierter formeller Jobs sind sie mehrheitlich zu informellen Beschäftigungen gezwungen. Die Vergabe von Mikrokrediten speziell für Frauen ist ein Schwerpunkt zur Linderung der Frauenarmut. Auch hier zeigt sich eine Ähnlichkeit zu Yunus´ Konzept, seine Grameen Bank vergibt über 90% seiner Kredite an Frauen.

2006 vergab die Banmujer (Frauenbank), die mit Abstand aktivste der Entwicklungsbanken, 60.000 Mikrokredite im Wert von 21 Mill. Euro für 12.450 Kooperativen. D.h. eine Kooperative besteht durchschnittlich aus fünf Frauen, denen ein gemeinsamer Kredit von 1730 Euro zur Verfügung steht. Nach Angaben der 2003 gegründeten Hausfrauengewerkschaft ist es Schwerpunkt dieser Mikrounternehmen, haushaltsnahe- bzw. Gemeindedienstleistungen zu erbringen. Dieses Konzept ist so nahe an traditionellen Mustern informeller Frauenarbeit gestaltet, dass ihm ökonomischer Erfolg oder gar ein emanzipatorischer Charakter

schwerlich zugestehen ist.

Frauenpolitik in den Barrios entspringt politisch dem Verfassungsartikel 88, der Männern und Frauen das Recht auf Arbeit zugesteht, Hausarbeit als Mehrwert schaffend bezeichnet und deshalb Hausfrauen ein Recht auf gesetzliche Sozialleistungen einräumt. Im Rahmen der Mission `Madres del Barrio´ erhielten 2006 ca. 240.000(!) Hausfrauen (von geschätzten 2,5 Mill.) 60-80%(!) des gesetzlichen Mindestlohns von rund 200 Euro, wobei sie sich zur Leistung von Sozialarbeit im Barrio verpflichten müssen.

Abgesehen von der Sichtbarmachung von Hausarbeit ist dieses Konzept eine frauen- und gewerkschaftspolitische Katastrophe. Dass bislang nur 10% der Hausfrauen nur ca. 2/3 des Mindestlohns erhalten, zeigt erstens, dass diese Maßnahme nur eine Art Almosen und kein Rechtsanspruch ist und zweitens, dass Hausfrauen offensichtlich nur 2/3 der Männer wert sind. Durch die Hintertür wird so obendrein ein Niedriglohnssektor im Sozialbereich etabliert. Geschlechtliche Arbeitsteilung ist die Quelle von Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen, deshalb muss eine Politik der Hausarbeit immer auch die Perspektive ihrer gerechten Verteilung zwischen den Geschlechtern, aber auch ihrer Vergesellschaftung verfolgen.

Kommunalräte

Die Etablierung von Kommunalräten, laut Chávez wichtigster Motor zur Herausbildung einer Volksmacht, bedeutet für den informellen Sektor das zentrale Instrument zur politischen Formalisierung der vielfältigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Initiativen der Selbstorganisation. Sie haben besonders seit der Wirtschaftskrise in den 80ern, zuerst für das Überleben in den Barrios, später zunehmend auch politisch große Bedeutung.

Grundlage für jeden Kommunalrat ist eine Versammlung, die aus 200-400 Familien besteht, daraus werden Räte gewählt, die mit verschiedensten - ökonomischen, kulturellen, sozialen -Inhalten befasst sein können, je nach ihren Beschlüssen. Finanziert werden sie von Kommunalbanken, die analog zum Mikrokreditwesen aus einem Nationalfond gespeist werden. Eine vom Präsidenten bzw. der Regierung einberufene Kommission ent-

scheidet über die Mittelvergabe für die von den Kommunalräten eingereichten Projekte.

Organisatorisch ist bislang lediglich eine regionale Vernetzung der Consejos geplant, während es von `oben` eine präsidentiale Kommission zu ihrer Koordinierung mit Strukturen in allen 24 Bundesstaaten gibt.

Es ist also ein enormes Spannungsfeld, in dem sich die Kommunalräte befinden. Erstens konkurrieren sie mit den lokalen bürgerlichen Verwaltungen um Kompetenzen, die ihrerseits oft von Korruption und Misswirtschaft geprägt sind. Zweitens sind sie sowohl finanziell als auch inhaltlich vollständig von der Regierung abhängig. Drittens steht einer bislang ungenügenden Vernetzung von unten eine recht straffe dem Präsidenten unterstehende Struktur gegenüber. Viertens schließlich ist die neu gegründete chavistische Einheitspartei PSUV ein

nicht zu unterschätzender Faktor politischer Einflussnahme. Bei dieser Konstellation scheint der Weg der Kommunalräte, sich als echte Gegenmacht zu lokaler Bürokratie, aber auch zur Regierung zu etablieren, als sehr unwahrscheinlich.

Werden nun die ökonomischen Reformen, die den Barrios eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sichern sollen, den basisdemokratischen Konzepten ihrer Umsetzung gegenüber gestellt, so bietet sich schlichtweg ein Bild unvereinbarer Widersprüche: Konkurrenz ist nicht mit Kollektivität vereinbar, oder anders gesagt, Privateigentum nicht mit Sozialismus.

Um nun zum Ausgang des Referendums zurückzukommen: Vielleicht sind die drei Millionen nicht nur wegen des langsamen Reformtempos oder der korrupten Bürokratie der Abstimmung ferngeblie-

ben. Vielleicht war es vielmehr die zunehmend konkrete Erfahrung, dass der für den informellen Sektor zur Schau gestellte Marktoptimismus realistischere Weise (in Venezuela genauso wenig wie in jedem anderen Winkel dieser Welt) nicht angebracht ist; und dass das Verhältnis basisdemokratischer Kompetenz zu präsidentialer Machtfülle immer nachteiliger für die Idee der direkten Demokratie wird.

Anna Leder

Komitee Solidarität mit den Clasistas

Wien, 16. Jänner 2008

Das mit der Abschaffung des Privateigentums... Nein, nein, nein!

Hugo Chávez während einer Sendung im venezolanischen Staatsfernsehen VTV am 3. Jänner 2008

Übersetzung nach einer Transkription des staatlichen venezolanischen Radiosenders YVKE

"[...] Wir können uns nicht von den extremistischen Strömungen mitreißen lassen. Wir sind weder Extremisten, noch können wir Extremisten sein. Nein! Wir müssen Allianzen mit den Mittelklassen und selbst mit der nationalen Bourgeoisie suchen. Wir können keine Thesen aufstellen, die auf der gesamten Welt gescheitert sind, wie das mit dem Abschaffen des Privateigentums. Das ist nicht unsere These."

Hugo Chávez mahnt dazu, die Schriften von Lenin zu lesen oder auf Ratschläge des Präsidenten des kubanischen Staatsrates, Fidel Castro, des Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega oder des Präsidenten Weißrusslands, Alexander Lukaschenko, zu hören, "die nicht nur Theorie, sondern auch regiert und Revolutionen, gemacht haben."

"Lukaschenko kommt aus der sowjetischen Ära und sah wie die Sowjetunion zusammenbrach. Und einer der Dinge die er mir sagte war: „Die Unternehmer, diese nationale Bourgeoisie, man muss versuchen, dass sie Nationalstolz, Liebe zu ihrer Nation und ihrem Vaterland, entwickeln, selbst wenn sie Unternehmer sind und Geld haben. Aber sie sollen Investitionen im Land machen!"

Chávez mahnte weiters sich nicht "von den Stimmen des Extremismus, von aus der Mode gekommenen Thesen, mit der sie nirgends auf der Welt durchkommen werden, erpressen zu lassen: Das mit der Abschaffung des Privateigentums... Nein, nein, nein! Das ist nicht unsere These. Man muss darüber hinaus Allianzen suchen, um den neuen historischen Block, wie ihn Gramsci nannte, zu stärken."



Solidarität mit der venezolanischen Gewerkschaftsbewegung

Dieser Antrag wurde am Bundesjugendforum der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) im September 2007 beschlossen.

Seit Jahren gilt der Prozess gesellschaftlicher Veränderung in Venezuela auch in Europa als Hoffnungsträger. Auf der einen Seite von internationalen Medien und dem politischen Establishment dämonisiert und andererseits von der Linken glorifiziert, polarisiert Venezuela wie kaum ein anderes Land.

Inmitten dieser Auseinandersetzungen kommen die soziale AkteurInnen und ihre Organisationen meist zu kurz. Bis dato haben sich nur wenige Kräfte der europäischen Gewerkschaftsbewegung, abseits von den oberflächlichen Einschätzungen und Analysen, ein differenziertes Bild der venezolanischen Wirklichkeit gemacht.

Die GPA-DJP-Jugend hat in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Kontakte zu GewerkschaftsaktivistInnen in Venezuela aufgebaut und sich aktiv an konkreter Solidaritätsarbeit beteiligt. Hier stellt die Unión Nacional de Trabajadores (UNT) den zentralen Bezugspunkt für unsere Arbeit dar.

Insbesondere nach den jüngsten Versuchen der venezolanischen Regierung die gewerkschaftliche Unabhängigkeit einzuschränken, erscheint es uns als notwendig, die bestehenden Kontakte und Kooperationen weiter auszubauen.

Das Bundesjugendforum der GPA-DJP fordert:

- Den Ausbau der bereits bestehenden Kontakte und Kooperationen mit der C-CURA in der UNT
- Das Durchführen von gewerkschaftlichen Austauschprogrammen und Partnerschaften zwischen der C-CURA in der UNT und der GPA-DJP-Jugend
- Das Durchführen von gewerkschaftlichen Austauschprogrammen und Partnerschaften zwischen der C-CURA in der UNT und der GPA-DJP



Die übersetzten Zitate sind im Original nicht geschlechtsneutral formuliert. Wegen der ergebnislosen Diskussionen über diese Problematik mit venezolanischen Genossen haben wir uns dazu entschieden dies nicht zu korregieren, weil wir damit die Problematik in dieser Frage aufzeigen wollen.

Das Komitee "Solidarität mit den Clasistas" reist im Februar nach Venezuela. Wir machen nach unserer Rückkehr im März eine Veranstaltung, auf der wir von unserer Reise berichten werden. Termin und Ort dieser Veranstaltung geben wir demnächst auf LabourNet Austria bekannt.

Kontakt

Komitee
 "Solidarität mit den Clasistas"
 soli.clasistas@gmx.net
 www.labournetaustria.at/venezuela.htm